

Nachhaltiges Wirtschaften am Beispiel der Chemiebranche – Ordnungspolitische Voraussetzungen und Konsequenzen

Öffentliche Anhörung
Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität
am 5. November 2012

Beitrag Dr. Gerd Romanowski
Verband der Chemischen Industrie e.V.

Vorbereitendes Thesenpapier

Deutscher Bundestag Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität Kommissionsmaterialie M-17(26)31 5. November 2012

- Die chemische Industrie mit ihrem großen Energie- und Rohstoffbedarf, ihren hohen Stoffumsätzen, ihren unter Umweltschutz- und Sicherheitsaspekten anspruchsvollen Anlagen, Prozessen und Produkten befasst sich bereits seit vielen Jahren intensiv mit dem Thema Nachhaltigkeit und hat sich ein nachhaltigeres Wirtschaften zum Ziel gesetzt
- Die Chemieindustrie setzt sich spätestens seit dem Umweltgipfel von Rio 1992 und der Arbeit der beiden Bundestagsenquete-Kommissionen „Schutz des Menschen und Umwelt“ in der 12. und 13. Legislaturperiode intensiv mit den Zielen einer nachhaltigen, zukunftsverträglichen Wirtschaftsweise und den eigenen Beiträgen hierzu auseinander.
- Dabei konnte die Branche auf das bereits etablierte internationale Branchen-Programm Responsible Care aufbauen, das in den 80er Jahren von Nordamerika ausgehend vorangetrieben wurde und in Deutschland 1991 offiziell von der VCI-Mitgliederversammlung beschlossen wurde. Diese Responsible Care-Initiative, zu deutsch: „verantwortliches Handeln“, hat zum Ziel, Umweltschutz, Gesundheitsschutz, Arbeitssicherheit und Produktsicherheit unabhängig von gesetzlichen Vorschriften stetig zu verbessern.
- Der Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt, die konsequente Verminderung von Emissionen, die Erhöhung von Sicherheitsstandards, die Schonung natürlicher Ressourcen, der sparsame und effiziente Einsatz von Rohstoffen und Energie sind Felder, auf denen in den vergangenen 20 Jahren erhebliche Fortschritte erzielt wurden.
- Die Chemie ist darüber hinaus als die stoffumwandelnde Industrie der wichtigste Entwickler und Lieferant innovativer Materialien, die für viele andere Wirtschaftszweige und Lebensbereiche von entscheidender Bedeutung sind. Materialien und Produkte der Chemie tragen schon heute zur Bewältigung zahlreicher Herausforderungen und Lösung wichtiger Probleme in unterschiedlichsten Bereichen bei und leisten somit wichtige Beiträge für eine nachhaltigere Wirtschaftsweise.
- Die großen Herausforderungen der Zukunft, vor denen die Menschheit steht, werden sich ohne entscheidende Beiträge aus der Chemie nicht lösen lassen.

- Gegenwärtig startet die Chemie eine branchenweite Nachhaltigkeitsinitiative, an der neben den Unternehmen und ihren Verbänden auch die zuständige Branchengewerkschaft IG BCE beteiligt ist. Wichtige Ziele sind die Entwicklung und Verabschiedung von Nachhaltigkeitsleitlinien und die Etablierung einer Nachhaltigkeitsberichterstattung. Dabei sollen die drei Säulen der Nachhaltigkeit Ökonomie, Ökologie und Soziales gleichgewichtet abgedeckt werden..
- Für ein nachhaltiges Wirtschaften benötigt die chemische Industrie einen ordnungspolitischen Rahmen, der vor allem folgende Voraussetzungen erfüllt:

1.

Erstens: Einen sozial-marktwirtschaftlicher Ordnungsrahmen:

- Fortschritte im Sinne der Nachhaltigkeit erfordern neue Ideen, Innovationen, technische Entwicklungen und mutige unternehmerische Entscheidungen.. Der Ordnungsrahmen der sozialen Marktwirtschaft bietet hierfür die beste Orientierung.
- Zu enge Vorgaben des Gesetzgebers, Eingriffe von Behörden in unternehmerische Entscheidungen, Steuerungsversuche von Unternehmensentscheidungen oder Marktverhalten durch Abgaben und Steuern verhindern solche Fortschritte bzw. führen zu teuren und hemmenden Fehlallokationen und können die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf den Weltmärkten erheblich beeinträchtigen.

Zweitens: Innovationsfreundliche Rahmenbedingungen

- Mehr Nachhaltigkeit setzt Innovationsfähigkeit und Innovationsbereitschaft voraus. Die chemische Industrie benötigt hierfür einen ordnungspolitischen Rahmen, der generell innovationsfreundlich ist. Hierzu zählen vor allem
 - ein hohes Bildungsniveau in der Bevölkerung
 - ein sehr leistungsfähiges Bildungssystem
 - eine international wettbewerbsfähige Forschungslandschaft mit exzellenten Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen
 - eine sehr gute Forschungsförderung einschließlich steuerlicher Anreize für mehr Forschung und Entwicklung
 - eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz für neue Technologien und Innovationen
 - gesetzliche Rahmenbedingungen, die die schnelle und erfolgreiche Entwicklung und Markteinführung neuer Produkte und Verfahren erleichtern und nicht behindern.

Drittens: Planungssicherheit, Rechtssicherheit, Investitionssicherheit

- Viele Fortschritte in Richtung einer nachhaltigeren Wirtschaftsweise erfordern einen langen Atem. Die Entwicklung neuer effizienterer Verfahren oder innovativer Produkte dauert oft viele Jahre und verursacht erhebliche Kosten, die nach der Realisierung erst nach vielen Jahren zurückverdient werden können. Andere

Maßnahmen für mehr Nachhaltigkeit wiederum erfordern hohe Investitionen und lange Planungszeiten.

- Deshalb benötigen die Unternehmen Planungssicherheit und Rechtssicherheit, um langwierige und kostenträchtige Entwicklungen zu starten oder große Investition zu planen.

Viertens: Ein wirksames, zielgenaues, effizientes und praktikables Ordnungsrecht

- Für Fortschritte im Sinne von mehr Nachhaltigkeit können auch ordnungsrechtliche Maßnahmen, also Gesetze, Verordnungen und Vorschriften, erforderlich sein.
- Die chemische Industrie steht zu den Grundprinzipien ordnungsrechtlicher Regelungen, sofern sie richtig verstanden und angewendet werden: dem Vorsorgeprinzip, dem Verursacherprinzip und dem Kooperationsprinzip.
- Gesetzliche Vorschriften, die seit den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts vermehrt entstanden, weiterentwickelt und verfeinert worden sind, haben bereits einen großen Beitrag für mehr Nachhaltigkeit geleistet.
- Ordnungsrechtliche Maßnahmen, die zu mehr Nachhaltigkeit beitragen sollen, müssen wirksam, zielgenau und effizient hinsichtlich des damit verbundenen Erfüllungsaufwandes sein. Außerdem müssen sie in der betrieblichen Praxis auch umsetzbar und damit praktikabel sein.